

1 **Außerkraftsetzung der Ausnahmeregelung für**  
2 **Zeitungszusteller im Mindestlohngesetz**

3  
4 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und  
5 an die Juso-Bundeskonzferenz beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD setzt sich für die Außerkraftsetzung der Ausnahmeregelung für Zeitungszusteller im  
11 Mindestlohngesetz (§ 24 Abs. 2 MiLoG) ein.

12

13 **Begründung:**

14 Der zuständige Bundestagsausschuss begründet die Ausnahmeregelung mit der damit  
15 einhergehenden möglichen "Einschränkung der Pressefreiheit", da die weitere regelmäßige und  
16 zuverlässige Zustellung von Zeitungen und anderen Printmedien bei der sofortigen Einführung  
17 des Mindestlohnes nicht gewährleistet werden könne. Diese Argumentation scheint nicht  
18 schlüssig, da unter dem Begriff „Zeitungszusteller“ nicht nur Zeitungssteller im eigentlichen  
19 Sinne, sondern auch Zusteller anderer Printmedien, wie z.B. Werbeschriften und ähnliche  
20 gemeint sind. Fraglich ist auch, ob der finanzielle Mehraufwand zur Finanzierung des  
21 Mindestlohnes tatsächlich solche Ausmaße hätte, dass die Auslieferung ausgesetzt werden  
22 muss.